

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe** in der  
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 16 · 7. November 2005 · [www.cdu-csu-ep.de](http://www.cdu-csu-ep.de)



## **IX. Dialog der EVP-ED-Fraktion mit der Orthodoxen Kirche**

Zum IX. Dialog der EVP-ED-Fraktion mit der Orthodoxen Kirche kamen auf Einladung des Ökumenischen Patriarchen Bartholomaios I. Vertreter der Orthodoxen Kirche Europas mit der christdemokratischen Fraktion der Europäischen Volkspartei in Istanbul zusammen, um die spirituellen Grundlagen für ein erweitertes Europa zu diskutieren. Das zentrale Anliegen der Teilnehmer des Treffens war die Forderung nach religiöser Freiheit, insbesondere des Rechts der freien Ausübung des Glaubens, und des Rechts für Glaubensgemeinschaften, soziale Initiativen zu übernehmen und Grundbesitz zu erwerben.

### **Inhalt**

Hartmut Nassauer:  
EU-Gipfel  
Seite 2

Ingo Friedrich:  
Verfassungskrise  
Seite 3

Ewa Klamt:  
Einwanderungspolitik  
Seite 4

Horst Schnellhardt:  
Abfallwirtschaft  
Seite 5

Markus Pieper:  
Strukturförderung  
Seite 5

HARTMUT NASSAUER:

## EU-Gipfel: Von der Fehlzündung zum vollständigen Motorstillstand

REFORMÜBERLEGUNGEN SIND IM SUMPF UNGELÖSTER AKTUELLER PROBLEME STECKEN GEBLIEBEN

„Nach einem viel versprechenden Auftakt ist die britische Ratspräsidentschaft wieder in den Niederungen der Realität angekommen“, mit diesem Fazit hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Hartmut Nassauer, den zu Ende gegangenen informellen EU-Gipfel in Hampton Court



Hartmut Nassauer MdEP

bei London kommentiert. Es sei bedauerlich, so Nassauer weiter, dass durchaus sinnvolle Reformüberlegungen bei der Ausgabenstruktur der Europäischen Union und in Fragen ihrer globalen Wettbewerbsfähigkeit letztlich im Sumpf ungelöster aktueller Probleme stecken geblieben seien.

Der unbefriedigende Ausgang des Gipfels habe erneut gezeigt, dass es nicht ausreiche politische Visionen zu entwickeln, bevor dazu die entsprechende politische Basis gelegt ist. Die amtierende Ratspräsidentschaft habe es versäumt, ihre Hausaufgaben bei der finanziellen Vorausschau, der Weiterentwicklung der EU-Verfassung, den laufenden WTO-Verhandlungen und in wichtigen Einzeldossiers wie der EU-Dienstleistungsrichtlinie zu machen.

„Stattdessen hat sie sich in Nebenkriegsschauplätzen wie dem Globalisierungsfonds, einen Grundsatzstreit über die Gemeinsame Agrarpolitik oder der eher akademischen Diskussion um das europäische Sozialmodell verzettelt. Dementsprechend mager sind die Ergebnisse ausgefallen“, erklärte Nassauer.

Als Folge daraus laufe Tony Blair nun die Zeit davon. Sein größter Fehler sei dabei die Verschiebung der Diskussion um die finanzielle Vorausschau auf den regulären Dezember-Gipfel gewesen: „Aus Angst um die Rettung des nicht mehr zeitgemäßen Britenrabatts hat sich der Ratspräsident damit jeden Handlungsspielraum selbst genommen, weil von der ungelösten Finanzperspektive alle weiteren Gestaltungsspielräume insbesondere beim wirtschaftlichen Reformprozess abhängen“.

Nassauer kritisierte abschließend auch die Überfrachtung der Arbeitsagenda mit Themen wie der Terrorismusbekämpfung oder der illegalen Einwanderung nach Südeuropa. Diese Themen seien zwar durchaus wichtig,

gerade für einzelne besonders davon betroffene Länder wie Großbritannien und Spanien. Dennoch bleibe der Eindruck bestehen, dass sich die britische Präsidentschaft nicht vordringlich am europäischen Gesamtinteresse orientiert habe.

„Der Verlauf der Präsidentschaft zeigt, dass diese Regie ganz offensichtlich falsch war. Sie wird damit als Beispiel dafür haften bleiben, wie man es nicht machen sollte“, so der Gruppenvorsitzende.

INGO FRIEDRICH:

## Wege aus der Verfassungskrise suchen

AUSSCHUSS FÜR KONSTITUTIONELLE FRAGEN HÄLT SYMPOSIUM

**D**er Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ingo Friedrich, begrüßt die Initiative des Europäischen Parlaments, in einem Symposium des Ausschusses für konstitutionelle Fragen, dessen Mitglied er ist, Wege aus der Verfassungskrise zu suchen. „Das Europäische Parlament muss eine aktive Rolle in der Debatte um die Europäische Verfassung einnehmen. Es muss die Signale der Bürger ernst nehmen und eine neue Vision für Europa formulieren“. Experten von Hochschulen und Forschungseinrichtungen analysierten am Donnerstag und am Freitag gemeinsam mit den Abgeordneten die Gründe für die derzeitige Krise, Auswege und das weitere Vorgehen. „Die Diskussionen waren sehr fundiert und zukunftsorientiert“, so der Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Im Ausschuss für konstitutionelle Fragen soll bis Jahresende ein Bericht



*Ingo Friedrich MdEP*

zur Zukunft der Europäischen Verfassung ausgearbeitet werden. So nehme das Europäische Parlament eine zentrale Rolle ein im Plan D, den die Europäische Kommission ausgerufen hat. Dieser Plan D wie Demokratie und Dialog schaffe den Rahmen für eine europaweite Debatte über die Zukunft der Europäischen Uni-

on. „Wir brauchen eine Erklärungs-offensive, was Europa ist, was Europa leisten kann und warum wir Europa brauchen. Dabei kommt den Regierungen eine zentrale Rolle zu. Auch auf nationaler Ebene muss die Bedeutung Europas bewusst gemacht werden“, erklärt der stellvertretende CSU-Parteivorsitzende. In Zeiten der Globalisierung und den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts müsse den Bürgern klar gemacht werden, dass Europa nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung ist.

EWA KLAMT:

## EU braucht eine gemeinsame Einwanderungspolitik

SITUATION IN DEN HERKUNFTSLÄNDERN VERBESSERN UND  
KLARE ZUWANDERUNGSREGELN SCHAFFEN

**D**er jüngste Ansturm von Flüchtlingen aus Nordafrika auf die beiden spanischen Enklaven Ceuta und Mellilla hat eine Debatte über die Einwanderungspolitik der EU entfacht. „Die EU ist einem hohen Migrationsdruck ausgesetzt. Diesen Zustrom zu steuern ist eine der Zukunftsaufgaben in Europa. Was wir jetzt sehen, ist nur die Spitze des Eisbergs“, sagte die innenpolitische Sprecherin der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Ewa Klamt (CDU) in Brüssel.

Die gesamte EU-Außengrenze berge unüberschaubare Migrations- und Sicherungsprobleme. „Das gilt auch für die grüne Grenze im Osten der EU“, so Ewa Klamt. Die Sicherung der Grenze alleine werde aber nicht ausreichen. „Wir können nicht nur Symptome bekämpfen, wir müssen an den Ursachen ansetzen“, sagte die CDU-Europaabgeordnete.

In einer EU mit offenen Binnengrenzen könne kein Land mehr alleine über Zuwanderung entscheiden. „Wir brauchen eine aufeinander abge-



Ewa Klamt MdEP

stimmte europäische Einwanderungsregelung. Klare Zuwanderungsregeln müssen Flucht, Asyl und Wirtschaftsmigration enthalten.“ Eine Migrationspolitik müsse sich an den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Mitgliedstaaten orientieren, aber auch Kontingente für Härtefälle umfassen. Klar sei

auch, dass „legale Einwanderung nur dann bei den Menschen auf Akzeptanz stößt, wenn die illegale wirkungsvoll bekämpft wird“, so Ewa Klamt.

Neben der Sicherung der Außengrenzen und der Bekämpfung von Menschenschmuggel müsse auch die Situation in den Herkunftsländern verbessert werden. „Das schließt Rückübernahmeabkommen ebenso ein wie eine deutliche Aufstockung der Entwicklungszusammenarbeit. Je besser die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven in den Herkunftsländern, umso geringer der Zuwanderungsdruck auf Europa“, sagte die innenpolitische Sprecherin der EVP-ED-Fraktion.

HORST SCHNELLHARDT:

## Chance für die deutsche Entsorgungswirtschaft

EUROPÄISCHES PARLAMENT GEGEN ÖKODUMPING BEI ABFÄLLEN

**D**ie grenzüberschreitende Verbringung von Abfällen wird EU-weit neu geregelt. Das Europäische Parlament verabschiedete in Straßburg eine entsprechende Verordnung in zweiter Lesung. Zuvor war mit den nationalen Regierungen eine Einigung über die noch strittigen Punkte erzielt worden. Bei der Verbringung von Abfällen zur Verwertung (Recycling) muss berücksichtigt werden, ob im Verbringungsstaat die gleichen Standards gelten. „Damit unterbinden wir Ökodumping bei der Entsorgungswirtschaft“ sagte Horst Schnellhardt, der für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament das Dossier betreut.

Die künftige Verordnung sei eine Chance für die hochentwickelte und bereits in Teilen liberalisierte Branche in

Deutschland. „Wir können die hohen Standards zu Hause halten und haben sogar ein exportfähiges Gesamtmodell“, so Schnellhardt. Das betreffe sowohl die Logistik als auch die Anlagen zum Recycling von Abfall- und Verpackungsstoffen. Durch eine Vermeidung von Mülltourismus könne zudem die Auslastung der modernen kommunalen Anlagen in Deutschland gesichert werden.

Tierische Nebenprodukte wie z.B. Knochen oder ganze Tierkörper werden von der Neuregelung nicht erfasst. Sie sind bereits in einer separaten Verordnung geregelt. „Bürokratischer Wust durch Doppelgesetzgebung konnte verhindert werden“, so Schnellhardt. Die Verordnung kann nach der formellen Zustimmung durch den Rat in Kraft treten.

MARKUS PIEPER:

## „Strukturförderung auf Schlüsselprojekte konzentrieren“

PLENARDEBATTE ZUR FÖRDERUNG „ULTRAPERIPHERER REGIONEN“

**I**n der Aussprache zum Bericht Marques zur europäischen Strukturpolitik habe ich eine Konzentration der Fördermittel auf Schlüsselprojekte „mit hoher Rendite“ gefordert. Für „Fässer

ohne Boden“ steht einfach kein Geld mehr zur Verfügung, lautet meine Kritik an der teilweise geübten Praxis der Dauersubventionierung von ultraperipheren Regionen.

Es ist zu begrüßen, dass der Berichtster nach Intervention von niederländischen, deutschen und polnischen Abgeordneten von Maximalforderungen Abstand genommen hat. Insbesondere zusätzliche Infrastrukturförderungen und Sonderbehandlungen des Agrarsektors in abgelegenen Inselregionen



Markus Pieper MDeP

wären mit Blick auf die anstehenden Finanz-Kompromisse in den Ratsverhandlungen „kaum zu vermitteln gewesen“. Zusätzlich muss künftig noch stärker die Frage im Vordergrund stehen, wo neu geschaffene Infrastrukturen tatsächlich neue Investitionen nach sich ziehen können. Oft nämlich ziehen geförderte Infrastrukturen le-

diglich einen immer höheren Förderungsbedarf nach sich. Dies stellt keinen effizienten Einsatz der Regionalförderung dar.

Natürlich sind die Ausgleichsförderungen abgelegener Regionen in hohem Maße berechtigt. Ein Maßstab der künftigen Förderpolitik muss künftig aber auch sein, ob überhaupt eine

realistische Chance für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum besteht. Wir werden beim Einsatz der knappen Strukturmittel stärker auf Schlüsselprojekte mit dauerhafter Standortaufwertung setzen müssen. Und weniger auf die statistische Bedürftigkeit mit Dauersubventionen aus der Gießkanne.

## ROAMING-PREISE IM MOBILFUNK VERSTÄRKT IM BLICKPUNKT Kommission startet verbraucherorientierte Webseite mit Vergleichspreisen

Die Preissituation auf dem europäischen Mobilfunkmarkt ist in den letzten Monaten verstärkt in den Blickpunkt europäischer Akteure geraten: „Der gemeinsam ausgeübte Druck auf die Mobilfunkbetreiber zeigt erste positive Auswirkungen für die Verbraucher“, so das Urteil des Europaabgeordneten Daniel Caspary, der im Juli eine entsprechende Anfrage samt einer detaillierten Aufstellung von europäischen Roaming-Preisen an die Kommission übermittelt hatte. Laufenden Untersuchungen der diversen Regulierungsbehörden und der Initiative von EU-Kommissarin Reding sei es zu verdanken, dass die Preise für das Telefonieren mit dem eigenen Handy im Ausland in jüngster Zeit vereinzelt billiger und die Kostenstrukturen etwas transparenter geworden sind. „Wir werden die nächsten Schritte der Betreiber genau beobachten und hoffen, dass sie den eingeschlagenen Weg weitergehen“, so Caspary.

Die Kommission hat im Oktober eine neue Webseite eröffnet, auf der Verbraucher sich anbieterübergreifend über Roaming-Tarife im europäischen Ausland informieren können.

[http://europa.eu.int/information\\_society/roaming](http://europa.eu.int/information_society/roaming)

## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments verliehen

Mit der kubanischen Dissidentengruppe „Damen in Weiß“ wurde der Sacharow-Menschenrechtspreis des Europäischen Parlaments auch an den Vorschlag der EVP-ED-Fraktion vergeben. Die beiden weiteren Preisträger sind die nigerianische Menschenrechtlerin Hauwa Ibrahim und die internationale Organisation „Reporter ohne Grenzen“. Die kubanischen „Damen in Weiß“ demonstrieren für die Freilassung ihrer Söhne und Ehemänner, die aus politischen Gründen auf Kuba gefangen gehalten werden. Der nach dem sowjetischen Dissidenten Andrej Sacharow benannte Preis wird für das Engagement für Meinungsfreiheit, Minderheitenschutz und Demokratie vergeben.

### ■ Bulgarien und Rumänien: Weitere Fortschritte für Beitritt notwendig

Als ausgewogen und objektiv hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), die Erklärung der Kommission über den Fortschritt Bulgariens und Rumäniens im Hinblick auf den Beitritt zur Europäischen Union bezeichnet. Die Kommission habe die noch bestehenden Defizite in einer Reihe von Bereichen, unter anderem Justiz, Umwelt, Sicherheit und Korruption klar aufgezeigt und die beiden Länder zu weiteren zügigen Fortschritten aufgerufen. Das „letzte Wort“ über den Zeitpunkt des Beitritts Bulgariens und Rumäniens sei heu-

te noch nicht gesprochen, erklärte Pöttering. „Bulgarien und Rumänien haben bereits ein großes Arbeitspensum bewältigt, dennoch müssen beide Länder noch hart weiterarbeiten bis zum Beitritt.“ Dies gelte insbesondere auch für die tatsächliche Umsetzung der Reformen. Endgültig werde über das Beitrittsdatum erst im Frühjahr entschieden. Der Beitritt könne am 1.1.2007 nur erfolgen, wenn die beiden Länder die Voraussetzungen in den noch defizitären Bereichen erfüllen. Im Frühjahr 2006 werde genau geprüft werden müssen, welchen Stand die Länder in den von der Kommission heute genannten Bereichen erreicht haben. Sollten keine ausreichenden Fortschritte erzielt worden sein, bleibe auch die Option einer Verschiebung des Beitritts um ein Jahr offen und möglich, erklärte Pöttering. „Wir hoffen, dass beide Länder schnell die notwendigen Fortschritte machen und bereits 2007 Mitglied der Europäischen Union werden können“. Allerdings, so Pöttering weiter, dürften keine Abstriche an den Beitrittsvoraussetzungen gemacht werden. Deswegen sei es richtig, dass die Kommission jetzt noch alle Möglichkeiten für den endgültigen Beitrittstermin offen gelassen habe.

### ■ Ratspräsident Tony Blair vor dem Plenum des Europäischen Parlaments

Der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat die Vorbereitung der informellen Sitzung

des Europäischen Rates durch einen Besuch des Ratspräsidenten Tony Blair im Europäischen Parlament als positives und nachahmenswertes Signal der britischen Präsidentschaft für Parlamentarismus und Demokratie in Europa begrüßt. In der Sache nannte Pöttering die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Staats- und Regierungschefs und in die Zukunft Europas als wichtigstes Ziel des Gipfeltreffens. Gegenseitiges Vertrauen sei auch eine wichtige Voraussetzung, um bis zum Dezembergipfel noch zu einem Ergebnis in der Finanziellen Vorausschau zu gelangen. Pöttering trat dafür ein, deutlich zu machen, dass es um die Zukunft eines politischen Projektes und nicht eines rein wirtschaftlich definierten Europas gehe. So müsse die Globalisierung nicht nur im wirtschaftlichen, sondern in sehr viel umfassenderem Zusammenhang gesehen werden. „Globalisierung heißt auch Menschenrechte für alle Menschen in der Welt“, erklärte Pöttering im Plenum gegenüber dem britischen Ratsvorsitzenden und dem Kommissionspräsidenten Barroso. Menschenrechtsverletzungen in Kuba und in China könnten nicht länger als „innere Angelegenheit“ der Länder behandelt werden. Wichtig sei auch eine stufenweise Öffnung der Märkte im Rahmen der WTO, da nur so junge Menschen in weniger wohlhabenden Län-

dern eine Zukunft haben. Dies sei eine politische und moralische Verantwortung Europas, und der einzige Weg, um den Druck auf die Immigration nach Europa zu verringern.

#### ■ Finanzierung europäischer Verkehrs- und Energienetze

Das Europäische Parlament hat für neue Finanzierungsmöglichkeiten für wichtige europäische Verkehrsprojekte und Energienetze (TEN-Projekte) gestimmt. Damit nahm das Plenum einen Bericht des EVP-ED-Mitglieds **Mario Mauro** (Italien) an. Demnach soll für die Transeuropäischen Verkehrsnetze der Europäischen Union eine maximale EU-Förderung in Höhe von 50 Prozent möglich sein. Bisher lag der Höchstbeitrag der Europäischen Union bei 20 Prozent. Mauro zeigte sich erfreut über die Annahme des Berichts: „Die transeuropäischen Netze sind ein wichtiger Faktor für die Erreichung der Lissabon-Ziele, und der Schaffung von mehr Beschäftigung.“ Mauro wies darauf hin, dass Studien eine Verdoppelung des Verkehrsaufkommens in Europa bis zum Jahr 2020 vorsehen. Mit den TEN-Projekten sollten vor allem Engpässe beseitigt werden.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle  
lboehm@europarl.eu.int*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion des Europäischen Parlaments. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 0 22 26-8 02-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.